

Saale-Beitung.

Sechsbierziger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber demnach...

Rebellen und Haupt-Gefangenschaft...

Städtetag.

Der Vorstand des Deutschen Gädetages...

Der Vorstand des Deutschen Gädetages trat gestern in Berlin unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters von Borsdorf-Münche zusammen.

Die Reichswertwachsteuer und der deutsche Städtetag.

Der Vorstand des Deutschen Gädetages trat gestern in Berlin unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters von Borsdorf-Münche zusammen.

In Gefangenschaft geratene Deutsche.

Die im südlichen Marokko in Gefangenschaft geratenen Deutschen des Kapitän Alfred Mannesmann...

Parteinachrichten.

Der Landtagsabgeordnete für den Unterlahnkreis Landrat Dr. Schindler erklärte in einer Landesserversammlung der Abteilung des Kaiserlichen Bundes der Landwirte...

Allgemeine Mitteilungen.

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Handel und Verkehr...

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Am Mittwoch, den 25. Mai.

verneuert gegebenes Versprechen gehalten hatten und sich nach dem harmlosen Ueberfall von Bainju nichts wieder hatten zu Schulden kommen lassen...

Deutsches Reich.

Hof- und Personalausrichten.

König Friedrich August von Sachsen hat aus Anlaß seines Geburtstages denjenigen Truppenteilen der sächsischen Armee...

Die Taufe der Prinzessin Juliana der Niederlande ist vorläufig auf Sonnabend, den 5. Juni, festgesetzt...

Zu dem Jubiläum des Präsidenten des Reichstags, Grafen zu Stolberg-Wernigerode, am 21. d. M., ist noch nachzutragen...

Holland im Kriegsfall.

(Das Buch des Majors A. D. Freiherr von Falkenhäusen.)

Der große Krieg der Jetztzeit, lautet der Titel eines Buches, das dem preussischen Major A. D. Freiherrn von Falkenhäusen zum Verfasser hat.

Die glänzendste holländische Presse zieht aus dem Buche die Lehre, daß die Niederlande trotz oder gerade wegen ihrer Neutralität alle Vorkommnisse aufmerksam verfolgen...

Bezugspreis für die Zeitungs-Verwaltung...

Mr. 241.

Halle a. S., Mittwoch, den 26. Mai.

1909.

Die samoanischen Unruhen.

Das geschickte Auftreten des deutschen Admirals Cörper.

Aus Apia erhält die „Frankf. Ztg.“ zwei vom 4. April datierte Privatbriefe, in denen die rasche Beilegung des Konflikts mit den Eingeborenen sowie das befundene Auftreten des deutschen Geschwaders...

Apia's Hafenschild hat sich seit meinem letzten Brief wesentlich verändert; seit vierzehn Tagen haben wir die Kriegsschiffe „Leipzig“, „Arcona“, „Jaguar“ und das Begleitschiff „Titania“ hier als willkommene Gäste...

Kun, glücklicherweise haben die Schiffe nicht einzugehen brauchen und werden auch nicht mehr in Aktion treten. Der Gouverneur ließ gleich nach Ankunft der „Arcona“ die Hauptföndredie, neun Personen, auffordern...

Aus einem anderen, der „Frankf. Ztg.“ zur Verfügung gestellten Privatbrief aus Samoa sei noch folgendes mitgeteilt:

Infolge des taktvollen, ruhigen Auftretens des Leiters der Marine-Expedition ist es den Missionären gelungen, die Eingeborenen von bewaffnetem Widerstand abzurufen...

**Abg. Gohlins (fr. Sp.):**

Beide Anträge entsprechen völlig unseren Anschauungen. Ich bitte deshalb um ihre Annahme. Wir wünschen namentlich, daß die gesetzliche Regelung des Mittelstufens keine Verzögerung erfährt. (Beifall links.)

**Ministerialdirektor Schwarzkopff:**

Die Regierung hat sich bisher nicht entschließen können, eine umfassende Regelung des Mittelstufens vorzunehmen, weil auf diesem Gebiete bisher noch alles im Fluß war. Falls die vorliegenden Anträge angenommen werden, werden wir aber den Versuch einer Regelung der Materie machen.

Beide Anträge werden mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung der Stempelsteuer-Vorlage fortgesetzt bei § 2, der von der gegenseitigen Anrechnung der Stempel in den einzelnen Bundesstaaten handelt. Zu § 5, der von der Befreiung von dem Stempel handelt, beantragt

**Abg. Guenzenberg (Str.):**

daß die gemeinnützigen Bauvereinigungen, die vom Stempel befreit sind, dann den Stempel nachzahlen haben, wenn sie ihren gemeinnützigen Zweck aufgeben.

Dieser Antrag wird angenommen.

**Präsident v. Köcher:**

Da zu dem Stempelvergehe noch eine ganze Reihe von Anträgen vorliegt, wird es nicht möglich sein, heute auch noch die Bergeseisenvergehe zu erledigen. Ich schlage deshalb dem Hause vor, unmittelbar nach dem Stempelvergehe die Sekundärbahnvorlage zu beraten.

Das Haus ist damit einverstanden. Ein Kompromißantrag Fleischer (Str.)-Lüdicke (fr.)-v. Kies (lonk.) fordert die Einfügung einer Bestimmung in § 34 des Gesetzes, wonach für die am 1. Juli 1909 bereits im Gebrauch befindlichen steuerpflichtigen Automaten und Waagen die Erlaubniserteilung für die zweite Hälfte des Jahres 1909 im Juli 1909 beantragt werden muß. Ferner sind Nacharbeiten, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgeführt sind, nach diesem Antrage der ausstehenden Beschlüsse im Juli 1909 zur Vorkleinerung unter Einzahlung des Stempels von 50 Pfennig vorzuliegen.

Ein späterer Antrag v. Wölffgen will für die beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits im Gebrauch befindlichen Wägen die Frist zur Lösung der Steuerartik bis zum 1. Oktober 1909 ausdehnen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Fleischer mit der durch den Antrag v. Wölffgen bedingten Änderung angenommen.

Darauf wird das Stempelvergehe in zweiter Lesung genehmigt. Es folgt die zweite Beratung des

**Eisenbahnanleihegesetzes.**

Es findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt. In Verbindung damit werden die Denkschrift über das Kleinbahnwesen und die Nachweisungen über die Verwendung des Kleinbahnfonds beraten.

**Abg. Schmiedel (Str.):**

regt die Einführung einer anderen Befestigung in den Eisenbahnhäfen an Stelle der Gasbefestigung an. Diese lei nach Ansicht von Fachmännern schädlich daran gewesen, daß bei dem Herkohlmer Unglück der Zug verbrannte.

**Abg. v. Hodelberg (lonk.)**

bedauert, daß die Baukommission der Eisenbahnverwaltung sich so wenig geneigt zeige, einmal ausgearbeitete Pläne nachträglich abzumünden.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. In der Einzel-Besprechung beantwortet bei der Nebenbahn Altemühle-Danzig-Danzig

**Abg. Wollmann (lonk.)**

die Anlage einer Haltestelle bei Dittow, die zur Erinnerung an den Dittow Frieden „Friedenslust“ genannt werden sollte, und regt eine bessere Verbindung Danzig-Königs-Geist an.

Die in der Vorlage für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg und Pommern vorgesehene Bahnen werden genehmigt.

Ohne Debatte werden die Bahnen für Posen und Schlesien genehmigt.

Bei den Bahnen für Sachsen (Thüringen) und Hannover beantragt die Kommission, von der vorgeschlagenen Nebenbahn Geesthagen-Salzwedel-Arendsee nur die Strecke Salzwedel-Arendsee auszubauen, die Weiterführung der Linie von Arendsee nach Geesthagen zu verlagern. Diese Linie führt durch das Uferverwehmungsgebiet, und die Meinungen darüber, ob ihr Ausbau sich empfiehlt, sind sehr geteilt.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag der Kommission angenommen. Eine Petition des Magistrats zu Seebaußen, die Bahn Salzwedel-Arendsee nach Seebaußen und nicht nach Geesthagen weiterzuführen, und zwei Petitionen aus Holtz und Groß-Banger um Führung der Bahn nach Geesthagen und nicht nach Seebaußen werden dem Kommissionsantrag gemäß der Regierung als Material überwiesen.

**Abg. Tournau (Str.)**

beantwortet bei der Bahn Weiskrode-Darzburg a. Harz eine Petition um Führung dieser Strecke durch den Neuberg und Anlage eines Bahnhofs an der nördlichen Seite von Blüthoffrode.

Die Petition wird dem Antrag der Kommission gemäß durch die Vorlage für erledigt erklärt, und eine Petition des Magistrats zu Duderstadt um Führung der Bahn Weiskrode-Darzburg über Duderstadt der Regierung als Material überwiesen.

Die Bahnen für Sachsen und Hannover wurden genehmigt, ebenso die für Westfalen und Hessen-Nassau. Bei den Bahnen für die Rheinprovinz beantwortet

**Abg. Hauptmann (Str.)**

eine Petition um Erbauung einer Bahn Münsterfeld-Bissendorf. Die Petition wird der Regierung als Material überwiesen. Der Rest des Gesetzes wird in zweiter Lesung genehmigt. Es folgt die dritte Lesung der

**Bergeseisenvergehe.**

**Abg. Hirsch-Essen (ntl.)**

begründet einen Kompromißantrag, wonach die Wahl der Sicherheitsmänner nach Stempelbefreiungen oder nach Fahrabteilungen erfolgen soll. Der Redner meint, was zu großer Nachsichtigkeit gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Es sei nicht das Gesetz, das im Gegen ein Fluß werden. (Beifall bei den Rechten.)

Inzwischen ist ein Zentrumsantrag Brühl eingebracht, der auch die Anknüpfungsmittel an Sicherheitsmänner einfließen will und der den Sicherheitsmännern eine zweimalige Befreiung ihrer Steuerabteilung im Monat gestattet.

Ein weiterer inzwischen eingegangener Antrag aller Parteien fordert, daß ein etwaiger Beschluß des Arbeiterschusses, die regelmäßigen Befreiungen der Sicherheitsmänner

wegfallen zu lassen, jederzeit durch Beschluß des Arbeiterschusses oder der Mehrheit der Sicherheitsmänner aufgehoben werden kann. **Abg. Imhoff (Str.):**

Wir sehen in der Einführung der Sicherheitsmänner einen wesentlichen Fortschritt. Für den Schutz des Bergmanns kann nicht genug gefordert werden.

**Abg. v. Geiser (lonk.):**

Die letzten Worte des Rednerens unterschreiben wir. Sie sind für uns der Zeilen bei den Beratungen gewesen. Wir sind weit entgegenkommen mit Rücksicht auf die Kompensationen, die uns gemacht sind. Wir hoffen, daß es der Wille der Arbeiter ist, ihr Amt gewissenhaft und gründlich auszuüben. Wir sind den Wünschen der Arbeiter so weit entgegengekommen, als es das uttiale Interesse der Arbeitgeber und des Bergbaus nur irgendwie tun ließ. Wir reichen hier die Hand zur ruhigen und gewissenhaften Ausführung des Gesetzes. (Lebh. Beifall rechts.)

**Abg. Vorster (fr.):**

Wir halten die Kompromißanträge für eine wesentliche Verbesserung.

**Abg. Träger (fr. Sp.):**

Wir werden der Vorlage in der jetzt vorliegenden Gestalt zustimmen, aber veruchen, einige Verbesserungen durchzuführen. Ich brauche nicht zu betonen, daß die Kompromißverhandlungen ohne Einfluß auf unsere Überzeugung sind. Die Kompromißbeschlüsse erregen bei uns nur Beunruhigung der Bescheidenheit derjenigen Herren, die auf einem anderen Standpunkt stehen, ich aber mit so außerordentlich minimalen Zugeständnissen begnügt haben. (Sehr richtig! links.) Uns scheinen die Kompromißanträge sehr bedenklich zu sein, zumal die Einrichtung der Fahrabteilungen vor besonderen Voraussetzungen abhängig gemacht werden soll. Die Willfür der Bergwerksbesitzer und das Belieben des Bergbergsamt erhält dadurch nur eine weitere Ausdehnung. Die Einrichtung der Sicherheitsmänner nur längst von uns angesetzt, das Haus hat aber in den Worten der Regierung so viel Wasser gegossen, daß man den Wein gar nicht mehr erkennen kann. Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit dem Protokoll über die Verhandlungen in der Kommission der Bergherren und legt dar, daß die bisherigen Ausführungen eine Gegenpartei gegen jede Sozialpolitik zeigten. Er habe viele Parlamentarier genannt, die einst die extremsten Gegner der Sozialpolitik gewesen seien. Sie wären alle befehrt. Jeder Mann nicht bloß von Herz, sondern auch von Verstand und Einsicht müsse heute ein Anhänger der Sozialpolitik sein. (Beifall links.)

Inzwischen ist ein Antrag von Johnson (fr. Sp.) eingebracht, der fordert, daß sämtliche Mitglieder des Arbeiterschusses von den Arbeitern zu wählen sind und daß den Verleserbesten unterlagt wird, die Vorschriften über die Arbeiterschüsse und die Sicherheitsmänner zum Nachteil der Arbeiter durch Sonderverträge außer Kraft zu setzen.

Schließlich liegt ein Antrag von Schell (lonk.) vor, den in zweiter Lesung infolge eines Verhehens in zweiter Lesung abgelehnten Hauptparagrafen, der die Sicherheitsmänner und Arbeiterschüsse einführt, wieder herzustellen.

**Abg. Reiner (Str.):**

Die Novelle wird den Terrorismus der Bergherren ganz gewiß nicht befähigen. Der Teurer hat meine Angaben über die schwarzen Listen nicht widerlegen können. Daß die Bergherren die Minister Verleser und Freisold gestützt haben, steht fest. Herrn Delbrück wollen sie jetzt zum Kultusminister machen. Mit der Vorlage hat Herr Delbrück nicht den Weg zur Seele des Arbeiters, wohl aber den Weg zur Seele der Arbeitgeber gefunden.

**Abg. Giesberts (Str.)**

tritt dem Abg. Reiner entgegen. Der Vorwurf, daß wir die Rechte nicht gewahren haben, eine arbeitertfreundliche Vorlage zu bewilligen, trifft uns nicht. Die Vorlage wird trotz allem ein Markstein in der Geschichte unserer Berggesetzgebung sein.

**Minister Delbrück:**

Wie allen Parteien, so ist auch mir die Zustimmung zu den Kompromißanträgen schwer geworden. Denn die Beschlüsse zweiter Lesung waren besser. Aber um die Vorlage nicht zu gefährden, mußten wir das Kompromiß annehmen. Alle Beteiligten, nicht zuletzt die Regierung, werden das Gesetz lokal durchführen, und auf diesem Wege der Logik nicht werden wir den Kampf um die Seele des Arbeiters mit Aussicht auf Erfolg führen können. Herr Reiner hat sich verhehrt, daß ich bestimmt hoffe, diesen Kampf noch recht lange an dieser und nicht an einer anderen Stelle führen zu können. (Lebh. Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen, ebenso die Kompromißanträge und der Antrag von Schell. Der freistimmige Antrag wird abgelehnt.

Darauf wird das Gesetz im ganzen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Maßprüfungen, Stempelvergehe, Eisenbahnleihegesetz.

**\***

**Herrenhaus.**

13. Sitzung von Dienstag, 25. Mai, 12½ Uhr. Am Ministerische v. Arnim, Graf v. Nolde, Delbrück. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Generalfeldmarschall Graf v. Schell, daß in seinem gestern behandelten Antrage die Unterstellung der Fortbildungsschulen unter das Kultusministerium für ihn eine Hauptfrage sei.

Der Gehehenträger über die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Sachsen und Preußen und einiger Amtsgerichtsbezirke im Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg wird ohne Debatte mit der Abänderung angenommen, daß er nicht am 1. April 1909, sondern erst am 1. Juli in Kraft tritt.

Unverändert angenommen wird der Gehehenträger über die Erhebung von Beiträgen für die gemeinnützigen und kaufmännischen Fortbildungsschulen, wonach die Kommunen berechtigt sind, von den Arbeitgebern der Fortbildungsschüler zur Unterhaltung der Schulen Beiträge zu erheben und zwar bei gewerblichen Fortbildungsschulen nicht mehr als 10 Mark jährlich für jeden Schüler, bei kaufmännischen nicht mehr als 30 Mark.

Es folgt der Gehehenträger über den Bergwerksbetrieb ausländischer juristischer Personen und den Geschäftsbetrieb außerpreussischer Gewerkschaften.

**Professor Dr. Borchers-Nach**

begrüßt den Entwurf. Die Vorlage wird unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Darauf wird die Beratung des Etats fortgesetzt und zwar beim Etat der Reichsfinanzverwaltung und Fortsetzung, einschließlich der Domänen- und Forstverwaltung.

Dazu liegt eine Petition der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein zu Kiel vor um Ausdehnung des für die innere Kolonisation in Dänemark und Pommern ausgemerkten Fonds von 2 Millionen Mark, eventuell unter dessen Erhöhung, auf Schleswig-Holstein.

2. Sitzung des Herrenhauses. Die Petition als Material zu übernehmen. Eine Resolution v. Salffschütz fordert die Regierung, 1. durch gesetzgeberische und administrative Maßnahmen, 2. durch Verleihung zeitweiliger Geldmittel einen zehneren Fortgang der Wirtschaft, insbesondere der bäuerlichen, herbeizuführen; 2. eine von durch Wirtschaft nahezu zur Entzweiung von Debit und schädlichen Fortschritten in den preussischen Regierungsbezirken.

Salffschütz empfiehlt seine Resolution. Nach längerer Debatte wird die Resolution v. Salffschütz mit geringer Majorität angenommen.

Oberbürgermeister Bender-Breslau wendet sich gegen die fiskalische Behandlung des Grunewaldes seitens des Ministers. Die Städte, die Forsten in ihrer Nähe haben, haben ein moralisches Recht auf diese Wälder; denn Stadt und Wald sind miteinander aufgewachsen und gehören zusammen. Auch der Staat hat doch ein Interesse daran, daß die Menschen aus den Städten in den Wald hinausgehen können. Diese Dinge müssen mit landeswärtlichen, nicht mit fiskalischen Augen betrachtet werden.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Ganz umsonst können wir den Städten die Forsten nicht überlassen. Das verbietet das Interesse der allgemeinen Steuerzahler, zum Entgegenkommen sind wir bereit.

Oberbürgermeister Wiese-Halle: führt Beschwerde darüber, daß die Regierung gegenüber den Wäldern der Stadt Halle auf Verkauf der fiskalischen Wälder in der Nähe der Stadt Halle, die der einzige Ausflugsort für die Einwohnerschaft von Halle ist, recht wenig Entgegenkommen gezeigt habe.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Wenn die Sache seit drei Jahren schläft, so ist die Regierung nicht schuld daran. Die Stadt hat bisher noch kein Gebot gemacht. Wir zeigen den Städten gegenüber überall Entgegenkommen, wenn diese bestimmte Maßbestimmungen in ihrer nächsten Nähe erwerben wollen. So haben wir z. B. in der Nähe von Berlin Gelände für 2 Mark pro Quadratmeter verkauft, während wir von anderer Seite 7-8 Mark erhalten hätten.

Oberbürgermeister Wiese-Halle: Die Regierung will in Halle bei der Berechnung des Preises den Zinnsfuß-Behauungswert zugrunde legen. Sie handelt nicht im Interesse der Allgemeinheit, wenn sie den Städten die Erwerbung solcher Maßstücke erschwert. Die Leute auf dem Lande sind ohnehin besser daran, die Seuchenherde befinden sich nur in der Stadt.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Wir haben durchaus keine fiskalischen Absichten. Wenn uns ein Angebot gemacht wird, dann werden wir auch unsere Ansicht äußern. Ganz umsonst können wir den Städten die Forsten nicht überlassen. Das verbietet das Interesse der allgemeinen Steuerzahler. Aber zum Entgegenkommen sind wir bereit.

Oberbürgermeister Wiese-Halle: Kein Redner hat hier verlangt, den Wald sollen die Städte umsonst bekommen. Ich bitte den Landwirtschaftsminister, das geäußerte Entgegenkommen auch der Stadt Halle gegenüber zu verwirklichen.

Oberbürgermeister Bender-Breslau erwidert dem Minister: Die ganze Kundenabfrage ist kein Rahmestück in der Geschichte der preussischen Verwaltung. Es ist eine geradezu trostlose Sache, daß hier, wo drei Millionen Menschen wohnen, die dem Staate Steuern zahlen und Soldaten schicken, der Wald immer mehr eingezogen wird und daß hier nur der nackte Kapitalismus maßgebend ist.

Eine Petition des Magistrats zu Schöneberg wünscht gesetzliche Maßnahmen zur ungeschmäleren Erhaltung des Grunewaldes. Die Agrarkommission beantragt Überweisung zur Berücksichtigung.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Der Hauptteil des Grunewaldes soll erhalten bleiben. Weitere Verkäufe sind nicht in Aussicht genommen.

Der Landwirtschaftsminister wird erledigt, die Petition der Stadt Schöneberg wird zur Berücksichtigung überwiehen.

Der Forst und Domänenrat wird ohne Debatte erledigt. Beim Gehehenträger verteidigt Graf v. Seidlitz-Gradwitz das Größere Gehalt gegen Angriffe im Abgeordnetenhause. Zu begünstigen sei die Beförderung des Größeren Herde nicht wegen niedrigerer Preise als 3000 Mark konfirmieren dürfen.

Der Etat der Reichsfinanzverwaltung wird ohne Erörterung erledigt, ebenso die Vorlage auf Erhöhung des Grundkapitals der Preussenfalle.

Beim Etat des Finanzministeriums spricht sich Oberbürgermeister Struckmann-Silbeshim gegen die Befreiung des Fiskus von der Wertzuwachssteuer aus. Auch die Grundstücke, welche enteignet werden, müssen versteuert werden.

Finanzminister Graf v. Rosenbach: Der südlichen Wertzuwachssteuer hat der fiskalische Besitz nicht unterlegen. Dies entspricht der Billigkeit. Die Bedeutung der Wertzuwachssteuer für die Gemeinden erkenne ich an. Ich gebe auch zu, daß sich die Wertzuwachssteuer als Kommunalsteuer mehr eignet, denn als Staats- oder Reichsteuer. Wenn man zu einer Reichs-, wertzuwachssteuer kommen sollte, was ich einwilligen bewilligt, muß den Gemeinden ihr bisheriger Recht erhalten bleiben.

Beim Etat der Lotterieverwaltung wird ein Antrag des Generalfeldmarschalls Graf Hähler, auf Vernehmung der Lotterietakten für pensionierte Offiziere, angenommen.

Nach Erledigung des Etats der Seehandlung und des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

**Husland.**

**Die Spannung zwischen Italien und Oesterreich.**

Die großen Worte, die in Brindisi und Wien gesprochen wurden, sind noch nicht verflungen, und schon beginnt es um den Dreubud, dessen festes Festigkeit in ihnen gefeiert wurde, wieder zu wackeln. Die nicht ganz freundliche Haltung Italiens in der Balkanhalbinsel, die demnach betriebliehen Forderungen haben in Oesterreich schwer verstimmt, und die Antwort darauf war die







